

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

11.1.1921 (No. 8)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruhe
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3516.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. v. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, selbst
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert wöchentlich 18 A 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigenpreis: die 1mal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerhaltung, gewöhnlicher Verteilung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Reisen nach dem Memelgebiet.

Nach einer Mitteilung des Reichsministers des Innern ist bisher davon Abstand genommen worden, die deutschen Passvorschriften auch auf Memelländer in Anwendung zu bringen. Infolge der Einführung des Pass- und Staatsvermerkszwangs seitens der Regierung in Memel muß indessen nunmehr dazu geschritten werden, die im übrigen ohne weiteres anwendbaren deutschen Passbestimmungen auch auf die Memelländer auszuweiten.

Packungszwang für Getreidekaffee und Malzkaffee.

Die Kaffee-Erfahmittelsverordnung vom 25. November 1920 sieht nur noch Höchstpreise für Kaffee-Erfahmittels aus Getreide oder Malz vor. Kaffee-Erfahmittelsmischungen, Kaffee-Erfahmittelsmischungen, Mischungen von Kaffee-Erfahmittelsmischungen mit Kaffee-Erfahmittelsmischungen sind einer Höchstpreisbestimmung nicht mehr unterworfen.

Im Interesse der Sicherung der Getreidewirtschaft ist an der Bestimmung festgehalten worden, daß Kaffee-Erfahmittels, die ganz oder teilweise aus Getreide oder Malz bestehen, nur in geschlossenen Packungen in den Verkehr gebracht werden dürfen.

Aus beteiligten Kreisen wird nun wiederholt Klage darüber geführt, daß diese Bestimmung über den Packungszwang nicht genügend beachtet wird. Namentlich soll vielfach Gerste geerntet und als Kaffee-Erfahmittels lose in den Verkehr gebracht werden.

Die Einhaltung des Packungszwangs für Kaffee-Erfahmittels aus Getreide oder Malz oder Kaffee-Erfahmittelsmischungen, die Getreide oder Malz enthalten, wird darum erneut in Erinnerung gebracht. Gegen Zuwiderhandlungen wird eingeschritten werden.

Errichtung von Finanzämtern.

Mit dem 10. Januar 1921 werden die Steuerkommissariatsstellen Taubertshausen und Lauda aufgehoben und mit dem Finanzamt Taubertshausen vereinigt. Das Finanzamt Taubertshausen gilt von diesem Zeitpunkt ab als im Sinne von § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet. Der Steuerkommissariatsdienst Völkberg bleibt als Zweigstelle des Finanzamts Taubertshausen vorerst bestehen.

* Die Kommunisten.

Es war voraussehen, daß Kommunisten und Sozialdemokraten (also der frühere linke Flügel der Unabhängigen) nach ihrer in aller Form vollzogenen Vereinigung mit jenen Aktionen vor die Öffentlichkeit treten würden, die man zu unternehmen pflegt, wenn man einen Bund fürs Leben geschlossen oder einen Verein gegründet hat. Man fühlt sich dann bezogen, der Welt von der Existenz dieses Bundes Mitteilung zu machen, die Visitenkarten abzugeben und die lieben Mitmenschen durch eine besonders sorgsam überlegte Handlung zu überraschen.

So haben auch die vereinigten Kommunisten Deutschlands einige Wochen nach vollzogener Vermählung ihre Visitenkarten abgegeben. Sie haben das allerdings nicht in den Formen getan, die unter wohlgezogenen Leuten üblich sind, sondern sie haben sich dabei der ihnen eigenen Methode bedient, indem sie sich weniger auf den Zauber guter Manieren oder auf die Wirkung bedeutender Taten, als auf Lärm und Geschrei, Terror und Gewalttätigkeit beriefen.

So inszenierten sie in Flensburg einen Kravall, der blutige Opfer gekostet hat, einen Kravall, der von allen Parteien einschließlich der Unabhängigen aufs Entschiedenste verurteilt wird. Die Frage, ob die Schutzpolizei in Flensburg richtig handelte, als sie Feuer gab, bleibe dabei unbeantwortet.

Tatsache ist, daß die Kommunisten, die ihre zuverlässigste Anhängerschaft bei leichtgläubigen Elementen und verbrecherisch veranlagten Personen finden, einen Sturm auf die Kaserne unternahmen. Wie man sich als Verteidiger der Kaserne einem solchen Sturm gegenüber verhält, ist schließlich Geschmacksache. Der eine streicht vor dem Sturm die Segel; er läßt die Reute einbringen und gibt ihr nach in der Hoffnung, das eigene Leben zu retten, eine Hoffnung, die sich aber oft schon als recht trügerisch erweisen hat; der andere hält es für seine Pflicht, dem ihm anvertrauten Posten wirklich zu verteidigen und dann, wenn die Notwehr es gebietet, auch von der Waffe, die man ihm ja nicht nur zum Spas anvertraut hat, Gebrauch zu machen. Die Verteidiger der Flensburger Kaserne haben zweifellos der anderen Richtung angehört. Im übrigen wird auch von unabhängiger Seite

zugegeben, daß die Kommunisten es ganz offenbar auf Blutvergießen abgesehen hatten.

Ein paar Tage darauf leisteten sich die Berliner Kommunisten ein Stückchen, das zwar nicht blutige Opfer erforderte, dem moralischen Ansehen der Reichshauptstadt dafür aber um so nachhaltiger geschadet hat.

Die Vorgänge sind ja bekannt. Im Bunde mit den im Sitzungssaal befindlichen kommunistischen Stadtverordneten legten die kommunistischen Tribünenbesucher unter wildem Gebrüll und unflätigen Beschimpfungen und Drohungen die Beratungen lahm. Und es ereignete sich der zu satirischer Behandlung herausfordernde Fall, daß das Stadtparlament nicht etwa die Tribüne räumen ließ, sondern vor den Soldaten der Tribüne selber die Flucht ergriff. Allerdings war es nicht das ganze Stadtparlament, das so handelte. Die kommunistischen Mitglieder blieben im Saal zurück, bauten sich als Sängerkorps auf und tanzten mit den Gefinnungsgenossen auf der Tribüne einige Niederworte ab.

Wenn die Geschichte nicht so ernste Folgen für das Ansehen unseres Volkes hätte, müßte man eigentlich über diesen „Mamau“, wie der Berliner sagt, lachen. Allerdings wird auch dieses Lachen nicht ohne Bitterkeit sein können. Denn die Szene hat doch zu sehr bewiesen, wie große und wie ungezogene Kinder noch so viele deutsche Volksgenossen sind.

Der Reaktion machen diese kommunistischen Spektakelstücke die Agitation wahrlich leicht. Denn die Reaktion unterdrückt ihren Anhängern gegenüber natürlich die doch immerhin bemerkenswerten und erfreulichen Tatsache, daß es eben nur die Kommunisten waren, die das unwürdige Schauspiel provozierten, und daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft einschließlich der Unabhängigen mit immer größerer Entrüstung von diesen Leuten abtrübt.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben längst eingesehen, daß der Kommunismus so, wie er bei uns parteimäßig vertreten wird, ein Geschwür am Körper der deutschen Arbeiterschaft darstellt, und daß es höchste Zeit ist, dieses Geschwür mit dem Messer zu entfernen.

Daß diese Einsicht praktische Folgen von großer innerpolitischer Tragweite gezeitigt hat, ergibt sich aus den Nachrichten der letzten Tage. Die Kommunisten haben nämlich nicht nur hier und da Rabau gemacht, sondern sie haben sich auch gleichzeitig in die Loge des Volksbeglückers geworfen und mit diktatorischer Miene der darob erstaunten Öffentlichkeit ein Weltverbesserungsprogramm unterbreitet, von dem sie erwarten, daß es vom gesamten „Proletariat“ mit Zustimmung aufgenommen wird.

Dieser Weisfall ist nun nicht nur ausgiebig, sondern „Vorwärts“ und „Freiheit“, die führenden Organe der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen, haben den Kommunisten eine glatte Absage erteilt. Diese Absage bedeutet unter allen Umständen eine begrüßenswerte Etappe auf der Linie unserer innerpolitischen Entwicklung, einer Entwicklung, von der wir mit wachsender Zuversicht hoffen, daß sie schließlich bei den Geboten der Vernunft und der Überlegung landen wird.

Einen noch schlagenderen Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft in ihrer erdrückenden Mehrheit zurzeit selbstmörderische kommunistische Experimente ablehnt, haben die letzten Ereignisse im Ruhrgebiet erbracht. Auch dort haben die Kommunisten versucht, die Bergarbeiter zu Streiks und Gewalttätigkeiten aufzuputschen. Aber sofort sind demgegenüber die vier großen Bergarbeiterorganisationen auf den Plan getreten und haben in einer Kundgebung, über deren Wortlaut man sich ehrlich freuen darf, vor kommunistischen Machenschaften gewarnt und sich für die Aufrechterhaltung der Arbeit, der Ruhe und der Ordnung eingesetzt.

Wir glauben, sagen zu dürfen, daß die Zeitläufte für die Kommunisten nicht günstigen sind. Die offenkundige Abkehr zeigt sich aller Orten. Und auch die Versuche der Kommunisten, innerhalb der Eisenbahnerorganisationen neuen Widerstand gegen die Abmachungen mit der Reichsregierung hervorzuheben, werden sicherlich erfolglos bleiben.

Das einzige, was wir wünschen möchten, das ist ein noch entschiedeneres Auftreten der ruhigen und vernünftigen Teile der Arbeiterschaft gegenüber diesen struppelosen Sögern. Gewiß ist es auch in dieser Hinsicht in den letzten Monaten erheblich besser geworden. Aber der Kommunismus wird erst dann aufgehört haben, eine Gefahr auch für die Arbeiterschaft zu sein, wenn diese selbst ihn mit eiserner Hand in die Schranken zurückgewiesen hat.

Politische Neuigkeiten.

Zur Beamtenbewegung.

Gegenüber der Nachricht von einer angeblichen Bestimmung der Eisenbahnerorganisationen über die Rede des Reichsfinanzministers im finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß der Reichsfinanzminister zwar von 7 Milliarden Mark gesprochen hat, aber nicht im Zusammenhang mit der Frage von neuen Beamtenforderungen, sondern gelegentlich des gemäß der Tagesordnung des finanzpolitischen Ausschusses von ihm darzulegenden Vergleiches des Etats von 1920, indem er ausführte, daß der außerordentliche Etat 1921 gegenüber dem Etat von 1920 bis jetzt einen Mehrbedarf von insgesamt rund 7 Milliarden aufweist. Die Auffassung, als ob der Reichsfinanzminister mit den 7 Milliarden die Kosten für die neuen Forderungen der Beamten gemeint und sich damit in Gegensatz zu der von Staatssekretär Schröder genannten Summe, die übrigens auf 2,8 Milliarden beziffert wurde, gesetzt habe, geht daher von einer völlig unzutreffenden Voraussetzung aus.

Nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Ztg.“ teilte der bayerische Finanzminister Dr. Krauseneck einem Mitarbeiter der „München-Augsburger Abendzeitung“ über das Ergebnis der bayerischen Finanzministerkonferenz mit, daß sich die Konferenz einig gewesen sei in dem Programm: Erhaltung des Reiches und Förderung der Reichsinteressen, aber auch Existenz- und Fortentwicklungsmöglichkeit für die Länder und Gemeinden.

Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Erhöhung der Steuerzuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reiches befaßt. Dem Wunsche der in Bamberg tagenden Konferenz der Finanzminister, vor endgültiger Stellungnahme gehört zu werden, wird in einer aufkommenden Mittwoch abendamtlichen Sitzung Rechnung getragen werden. — Das Kabinett hat gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Beseitigung der bereits jetzt schon im ordentlichen Haushalt sich ergebenden Fehlbeträge die durch die Erhöhung der Steuerzuschläge eine weitere Steigerung erfahren werden, zum Gegenstande einer eingehenden Erörterung gemacht. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, über diese Frage eine grundsätzliche Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung über die Bewilligung der Steuerzuschläge herbeizuführen.

Die Schuld der Kommunisten am Flensburger Blutbad.

Aus Flensburg wird der unabhängigen „Leipziger Volkszeitung“ gemeldet:

Hier hat eine Funktionärerversammlung der Flensburger Arbeiterschaft stattgefunden, die von 400 Delegierten besucht war und sich mit den blutigen Vorgängen in Flensburg beschäftigte. Mit sämtlichen gegen neun Stimmen wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Vorgänge am Abend des 4. Januar nach der Beerdigung Hoffmanns zwingen uns zu folgender Erklärung:

Zu dem Fall Hoffmann ist unsere Stellung bekannt. Wir haben die Vorgänge auf das Schärfste verurteilt, und werden nicht ruhen, bis die Schuldigen ihrer gerechten Strafe entgegengeführt worden sind. Wie schon in dem Flugblatte vom 5. Januar zum Ausdruck gekommen ist, lehnen wir jegliche Verantwortung für das geflossene Blut ab. Diese haben die verantwortlichen Drahtzieher und Heher zu tragen. Es läßt sich der Eindruck nicht vertreiben, daß die verschiedenen Vorkommnisse systematisch vorbereitet worden sind. Daraus entspringen für uns nachstehende Folgerungen: 1. Angesichts dieser Tatsachen gibt es für uns kein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten mehr. 2. Wir stehen nicht an zu erklären, daß angesichts des Angriffs auf die Kaserne eine aus verantwortlichen Elementen bestehende Menge das Verhalten der angegriffenen und bis aufs Blut gereizten Polizeibeamten verständlich und gerechtfertigt erscheinen läßt. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, wie heute, so auch weiterhin ruhig Blut zu bewahren und nichts zu unternehmen, was nicht von den unterzeichneten Organisationen beschlossen worden ist. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Die Kommunisten haben also in der Tat, wie das Zeugnis unserer Genossen beweist, die unverantwortliche Haltung eingenommen, die die Arbeiterschaft jetzt mit schmerzlichen Worten bezeugen muß und die der Reaktion den gewünschten Schwung geben, die Aufmerksamkeit von dem Vorverbrechen an Hoffmann abzulenken. Die Kommunisten haben wieder einmal bewiesen, daß auf ihr Wort kein Verlaß ist, daß sie Bereinbarungen, die sie eingehen, nicht halten. Die Kommunisten haben wieder gezeigt, daß sie die Arbeiter nur in sinnlose Abenteuer hineinzuputschen bestreben, daß ihnen die politische Verantwortung fehlt.“

Zur Entwaflnungsaktion.

Im „Daily Telegraph“ vom 7. Januar stellt der gewöhnlich gut unterrichtete diplomatische Korrespondent mit Nachdruck fest, die Behauptung, daß die englische Regierung Deutschland einen weiteren Ausschub von neun Monaten zur Auflösung der Einwohnerwehr gewähren wolle, sei völlig unbegründet. Die britischen Staatsmänner würden am 19. Januar mit offenem Sinn zur Pariser Konferenz gehen, wie es ihre Gewohnheit sei, und ihren eigenen Standpunkt darlegen — der sicherlich nicht der erwähnte sei — aber sie würden ebenso bereit sein, die Gründe anderer Regierungen zu prüfen.

Der englische Generalmajor Maurice, der sich gegenwärtig in Deutschland aufhält, um die Entwaffnungsfrage zu studieren, schreibt in der Daily News, es sei kaum zweifelhaft, daß die deutsche Regierung sich ehrlich bemühe, die Entwaffnungsfrage durchzuführen. Frankreich sei zum guten Teile im Recht, wenn es die Auflösung der Einwohnerwehren verlange. Die einzige Differenz zwischen der französischen und der englischen Auffassung liege in der Wahl der zweckmäßigsten Mittel. Die Franzosen hätten lange Zeit gewünscht, das Ruhrgebiet zu besetzen, wo die Sympathien durchweg nach links gingen. Dies würde eine Strafmaßnahme gegen die Regierung und die Linksparteien sein. Das richtige Verfahren sei, die Stellung der gegenwärtigen deutschen Regierung zu stärken. Wenn das deutsche Volk überzeugt werden könne, daß die Wiederherstellung der Industrie und die Bekämpfung der Forderung von der ganzen Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages abhängen, so werde es die Mittel finden, die geeignet seien, diese Bestimmungen durchzuführen. Wenn andererseits die Engländer und Franzosen durch ihr Vorgehen die Parteien der Reaktion stärken, so würden sie direkt die Karten der Reaktion spielen.

Die Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts, der mit der Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher betraut ist, beschäftigte sich gestern mit den drei ersten Fällen dieser Art, und zwar handelt es sich nicht um auf der Auslieferungsliste stehende Personen, sondern um solche, deren Straftaten zur Kenntnis des Reichsgerichts gelangt und von diesem nach dem Gesetze vom 6. Dezember 1919 zu erledigen sind. Angeklagt waren der Zimmermann Dietrich Lottmann aus der Gegend von Emden, der Schlosser Paul Niegel aus Berlin und der Schiffer Paul Sangerhauser aus Marienwerder bei Rostock. Die Angeklagten waren im Oktober 1918 als Pioniere in das belgische Städtchen Edingen in der Nähe von Lille eingezogen. Am Abend des 30. Oktober hatten sie eine Anzahl von Toten bejagt und waren schließlich gegen 12 Uhr gewaltsam in eine Wirtshauskammer eingedrungen. Nachdem Lottmann den aus seinem Schlafzimmer heruntergeholtten Wirt mit seinem entschärften Revolver und Niegel ihn mit seinem Seitengewehr bedroht hatten, so daß er auf die Straße flüchten mußte, gingen alle drei Angeklagten nach dem 1. Stock, erbrachen und durchwühlten mehrere Behälter und stahlen eine größere Geldsumme, eine Anzahl Wertgegenstände und waren schließlich im Zimmer umher. Durch einen Hauptmann und mehrere hinzugekommene deutsche Soldaten wurden die angeklagten Lottmann und Niegel sofort nach der Tat festgenommen. — Die Beweisaufnahme in der Verhandlung ergab den oben wiedergegebenen Sachverhalt. Das Gericht erkannte alle Angeklagten nach §§ 129 und 133 des Militärstrafgesetzbuches für schuldig und verurteilte Lottmann zu fünf und Niegel zu vier Jahren Zuchthaus und Sangerhauser zu zwei Jahren Gefängnis. Gegen Lottmann und Niegel wurde außerdem auf Ehrverlust für die Dauer von 10 Jahren erkannt.

Erwerbslosenkrise in England.

Die Krise der Erwerbslosen in England verhärtet sich, so lesen wir im Volksfreund, von einem Tag zum andern. Gleichzeitig ist eine Zunahme der pessimistischen Berichte aus den Industriezentren wahrzunehmen. Bei den Arbeitsämtern sind jetzt 700 000 Arbeitslose gebucht. Die Zunahme beträgt 100 000 in zwei Wochen. Einschließlich der nichtgemeldeten Arbeitslosen beträgt ihre Gesamtzahl 1 Million. Bedenkliche Zeichen von Widerständigkeit machen sich unter ihnen bemerkbar. 20 Londoner Quartiervorsteher haben unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Holborn eine Konferenz abgehalten, um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Verringerung der größten Not schlüssig zu werden. Es wurde beschlossen, an die Wildtätigkeit der bestehenden Londoner Bevölkerung zu appellieren und Geld und Naturalgaben zu sammeln, um sie dann den bedürftigen Arbeitslosen zu geben. Der Kriegsminister hat auch die Direktoren der Schiffbauwerke nach

Portsmouth zu einer Konferenz eingeladen und schlug ihnen vor, die Arbeitswoche um 7 Stunden zu kürzen; auf diese Weise könnte einer größeren Zahl von Arbeitslosen Arbeit gewährt werden. In Liverpool zählt man 20 000 Arbeitslose: 14 000 Männer, 3000 Frauen und 3000 Kinder. In Glasgow sind 10 000 ohne Arbeit, darunter 2200 frühere Soldaten.

Kurze polit. Nachrichten.

Ein neuer Akt der Parteilichkeit. Die internationalisierte Kommission hat den Lehrer Hartmann aus Gleiwitz, der seit 20 Jahren in Oberschlesien tätig war, mit ein abstimmberechtigtes Mitglied ernannt. Hartmann war Vorsitzender des Lehrerverbandes Oberschlesien.

Die Verteilung der deutschen Binnenschiffe. Der „Associated Press“ wird gemeldet, daß der gemäß dem Friedensvertrag von Versailles zur Verteilung der Binnenschiffe in den verschiedenen internationalen Gewässern betraute Schiedsrichter Walker D. Rhnes seinen ersten Spruch gefällt hat, durch den etwa 250 000 Tonnen Schiffsraum in Röhren und ferner Schleppschiffe mit einer Leistungsfähigkeit von insgesamt 24 000 Pferdekraften Frankreich zugewiesen werden, was ungefähr 13 1/2 Prozent der gesamten Tonnage der deutschen Rheinflotte bedeutet.

Der Volksentscheid in Bremen. Der Volksentscheid über die Frage, ob der Senat von Bremen zurücktreten soll, ist gegen die sozialistische Bürgererschaftsmehrheit ausgefallen. Es wurden 100 249 Stimmen mit nein (gegen 79 276 nichtsozialistische Stimmen bei der Bürgerchaftswahl im Juni) und 74 919 Stimmen mit ja (gegen 91 130 sozialistische Stimmen im Juni) abgegeben. Die Reichssozialdemokraten haben teilweise mit nein gestimmt. Innerhalb sechs Wochen finden Neuwahlen zur Bürgerchaft statt.

Asquith über den Völkerverbund. Wie der „Morning Post“ aus London meldet, hat sich Asquith im Laufe eines Vortrages, den er in der Vereinigung der liberalen Univeritätsgesellschaften hielt, auch über den Völkerverbund ausgesprochen. Die Tagung des Völkerverbundes sei gering an Ergebnissen gewesen. Als Ursache dieses unbefriedigenden Ergebnisses führte Asquith die Tatsache an, daß der Völkerverbund durch eine kleine Coterie von Großmächten, nämlich den Völkerverbundsrat, in den Schatten gestellt wurde.

Zur Bekämpfung der gelben Gefahr. Daily News“ berichten, daß die letzten Meldungen aus Washington in englischen und politischen Kreisen großes Aufsehen erregt haben. Man bestreitet, daß zwischen der Union und Kanada Vereinbarungen zur Bekämpfung der gelben Gefahr getroffen wurden. Man spricht tatsächlich von einer amerikanisch-kanadischen Pariser Entente.

Badische Ueberlicht.

Aus dem badischen Landtag.

Ein reichliches Arbeitspensum

finden, so wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben, der Landtag und seine Ausschüsse bei ihrem Wiederzusammentritt vor. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses teilte Finanzminister Wölter mit, daß der Gesetzentwurf über die fünftägigen Bezüge der Ruhegehaltsempfänger in der nächsten Woche dem Haushaltsausschuß zugehen wird. Der Reichstag hat bekanntlich beschlossen, daß Wit- und Reupensionäre in ihrem Einkommen gleich zu stellen sind. Auf dieser Grundlage dürfte der badische Entwurf aufgebaut sein. Ferner hat der Landtag zu erledigen das Gesetz über die Steuer- und Verteilung für die Gemeinden, sowie der Regelung der Ertragssteuer. Dann folgt sofort die Beratung der revidierten Befolgsordnung. Diese erfordert wahrscheinlich erhebliche Zeit, denn bis jetzt sind beim Landtag hierzu bereits rund 60 Petitionen

nen am Höherstudium usw. eingegangen. Das Städtelingsgesetz soll in nächster Woche vom Plenum zur Verabschiedung kommen; die Gemeindeordnung ist in der Kommission in erster Lesung fertiggestellt. Auch auf ihre endgültige Gestaltung muß der Landtag bezw. die Kommission für Rechtspflege und Verwaltung einige Zeit verwenden. Ferner ist das Landwirtschaftskammergesetz in Angriff genommen worden; kurze Anfragen und Interpellationen werden folgen. Dabei soll aber der Landtag möglichst in den frühen Sommermonaten seine Pforten schließen, weil im Herbst 1921 Neuwahlen statzufinden haben. Er wird sich deshalb mit seinen Arbeiten sehr beeilen müssen. — Am 21. Januar besucht der Haushaltsausschuß auf erfolgte Einladung das Landeskruppelheim in Heidelberg, die Orthopädische Anstalt und das Luisenheim. — In nächster Woche, wahrscheinlich am 18. Januar, tritt das Plenum nach den Weihnachtsferien erstmalig wieder zusammen.

Über 2 Millionen Mark für die Kinderhilfe in Baden.

Das Ergebnis der Sammlungen für die deutsche Kinderhilfe beträgt in Baden etwas über 2 Millionen Mark. Am 8. Januar waren beim Landesauschuß des Roten Kreuzes in Karlsruhe, dem die entsprechenden Vorarbeiten übertragen waren, 850 000 M. eingegangen. Das Sammlungeträumnis ist befriedigend.

Baden und Württemberg.

Die Frage der Vereinigung Badens und Württembergs bildete den Gegenstand einer Konferenz der sozialdemokratischen Parteien beider Länder in Mühlacker, auf der Baden durch 20 und Württemberg durch 15 Delegierte vertreten waren. Grundrisslich bestanden, wie es in einem Zeitungsbericht heißt, keine Bedenken gegen die Vereinigung, man erkannte vielmehr ihre Notwendigkeit an. Man war sich einig darin, daß der Vereinigungsgedanke von dem Willen der Bevölkerung beider Länder getragen werden müsse und daß daher diese Angelegenheit von der Sozialdemokratie nicht als Parteifrage behandelt werden dürfe. Die großen wirtschaftlichen und finanziellen Ziele der nächsten Zukunft würden in kurzer Zeit die Erkenntnis zum Allgemeingut machen, daß man sich den Luxus getrennter Verwaltung und Gesetzgebung und der wirtschaftlichen Konkurrenz nicht mehr leisten dürfe. Da auf württembergischer Seite bei allen Parteien Neigung für eine Vereinigung der beiden Länder vorherrschend ist, während in Baden Meinungsverschiedenheiten die Oberhand haben, bezeichnete man es als wünschenswert, daß zunächst die führenden Kreise Badens eine Klärung der Ansichten von sich aus herbeiführen.

Die Elektrizitätsversorgung des Schwarzwaldes.

LPD. In einer von der deutschen demokratischen Partei veranstalteten öffentlichen Versammlung in Freiburg sprach vor wenigen Tagen Geh. Rat Rehmann über die Elektrizitätsversorgung des südbadischen Schwarzwaldes. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Elektroindustrie, der die allgemeinen Gesichtspunkte für die Beurteilung der Einzelfragen lieferte, schiederte er den Gang der badischen Versorgung erst durch die Konzessionsverträge am Obersee und das Murgwerk. Die Frage, ob Kohlenwerke oder Wasserkraft vorteilhafter seien, wurde als erledigt erklärt; heute brauche man das Zusammenarbeiten beider. Den Wegern des Staatsbetriebs wurde entgegengehalten, daß das Murgwerk technisch eine glänzende Leistung sei, hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit die Erwartungen weit übertriffe, hinsichtlich der Preisbildung die

Landestheater.

Der Expressionismus im Drama.

In einer Morgenveranstaltung der Ortsgruppe Karlsruhe des Theaterkulturverbandes sprach vergangenes Sonntag vormittag in der Wandelhalle des Landestheaters der bekannte Mannheimer Schriftsteller und Journalist Frits Droop über den „Expressionismus im Drama“. Es ist zur Genüge bekannt, welcher Unfug mit diesem Wort, wie mit jedem Schlagwort, getrieben wird, und welche Verwirrung infolgedessen in vielen Köpfen über das Wesen des Expressionismus herrscht. Man muß dem Redner Dank wissen, daß er in klaren Worten darlegte, was man unter Expressionismus versteht, und daß er einen scharfen Strich zog gegen die „Bannerträger der Unklarheit“, die den Expressionismus mit besonderer Freude begrüßten, weil sie hoffen, im Trüben fischen zu können. All diese Ausartungen und Auswüchse, der ganze Wust der „Kunstschleier“, die nur verwirren wollen, haben mit dem wahren Wesen der Kunst nichts zu tun. Den wahren Expressionismus braucht man nicht in Schutz zu nehmen. Mit prägnanter Kürze versuchte der Redner ein summarisches Bild der viel geschmähten Kunstströmung zu vermitteln und führte ungefähr folgende Sätze vor:

Expressionismus hat es gegeben, bevor man den Namen kannte. (Alle wahre Kunst ist doch eigentlich Expressionismus, dennoch ist er so alt, wie die Kunst selbst.) Mit dem Wort Expressionismus will man kein ästhetisches Werturteil fällen; das Bestimmende ist das Persönliche des Gefühlserlebnisses. Es handelt sich dabei um das Überweltliche, das Metaphysische, wie es sich in der Seele des Schaffenden spiegelt. Der Expressionismus ist also das Vorrecht derer, in deren Seele große und starke Gefühle vorhanden sind. Hebbel war einer der stärksten Wegbereiter der so verstandenen Kunstströmung, in dessen Fußstapfen Männer wie Dostojewski, Tolstoi, Strindberg, Wildgans, Hofenleber, Unruh, Koller u. a. — bewußt oder unbewußt — wandeln. Der Expressionismus ist keine künstlich gemachte Mode, er ist ein Weltgefühl. Auch Kaffir und Eschmid finden in seinem Buch „Die streitende Nymphe“ durch das Chaos hindurch das Typische der Bewegung; das Europäische. Als erstrebenswertes Ziel der Kunst und Politik zeichnet Eschmid den Bund der guten Europäer. Damit kommen wir auf die Tendenz der neuen Kunst. Gegen den Krieg! Für die Menschheit! steht auf ihrer Fahne. Und diesem patriotischen Zug gesellt sich ein stark religiöser Drang hinzu. In Schwärmegeistern, die den Volkswissenschaften in die Kunst tragen wollen, haben wir jedoch die Vertreter des Expressionismus zu erblicken. Sie sind höchstens geeignet, die ganze Kunstströmung in Verwirrung zu bringen. Und gar für einen so bewußten Unfug wie den Dadaismus, der bezeichnender Weise zuerst in Deutschland Fuß fassen konnte, lehnt der Expressionismus jede Verantwortung rundweg ab. Wie weit der Unfug schon um sich gegriffen hat, kann man daraus er-

messen, daß ein angesehenes Verlag das Drama eines Holänders „in Botalen“ verlegt hat. Der wahre Expressionismus hat mit solchen Auswüchsen nichts zu tun. Dichter wie Unruh, Sorge, Kaiser, Koller u. a. stammen aus ganz anderem Argund. Strindberg hat ihnen den Boden bereitet. In Sorges „Wettler“ sind zum erstenmal die eigentlichen Elemente des Expressionismus vereint. Und ein anderer Dichter Paul Kornfeld hat die Aufgaben des Schauspielers dem expressionistischen Drama gegenüber ausgesprochen. Am Schluß der allgemeinen Betrachtungen ergibt sich die Erkenntnis: Die Kraft des Dichters wird immer nur im Erlebnis wurzeln. Mit den Entbehrten, Armen, Unglücklichen muß er leiden können. Keiner wird die Erlösung finden, der nicht zuvor sein Golgatha erlebt.

In einem zweiten speziellen Teil kam der Redner auf eigene dramatische Dichtungen zu sprechen. Frits Droop hat sich selbst nie als Expressionisten empfunden. Aber Wilhelm von Scholz hat sein Drama „Inselnd“ als expressionistisches Drama angekündigt und auch als solches aufgeführt. Auch „Der Freispruch“, das am hiesigen Landestheater zur Aufführung kommen soll, zeigt dasselbe Gesicht. Der Schwerpunkt des Dramas liegt nicht in der Handlung, die Spannung beruht im Kampfe seelischer Potenzen. Wado, der jugendliche Held, will Befreiung von schmerzlichen inneren Kesseln, er lehnt sich gegen die Tradition und will den Dämon seines Schicksals überwinden, der ihm im Verführer seiner Mutter entgegentritt. Auch die Wandlung eines dichterischen Mädchens zur Mutter ist Wados Werk. Die Mutter ist das Geige. Sie kann Brüden schlagen vom Gewesenen zum Künftigen. Ethische Perspektiven sind aufgezeichnet, die einen Leser zu dem Urteil kommen lassen: Droop habe das Drama des Aufbaus geschrieben. Der Dichter hat sein Heil im Ethos gesucht und den Menschen gebietet.

Die Musik, die im Drama Verwendung findet, läßt den jeweils dominierenden Gefühlskomplex einer Szene durch das Medium der Töne ausdrücken. Der Held sucht sein Heil bei Beethovens. In diesem Zusammenhang wies der Dichter auf ein noch unvollendetes Drama „Dantes Tod“ hin, wo die Musik ebenfalls die Eindeutigkeit erleichtern soll. Alles andere aber muß die Dichtung selbst enthüllen, wenn sie unter Leitung von Herrn Wambach und seiner Helfer am kommenden Samstag sichtbare Gestalt gewinnt.

Zur Ergänzung der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen ausläuternden Ausführungen registrierte Herr von der Trent-Altrici eine Szene aus Sorges „Wettler“, eine kurze, aber starke Vision der Erlösung von sündiger Liebe, und eine prägnante Szene aus Kollers „Wandlung“. „Die Transparanz“ mit aufwühlender Eindringlichkeit des Seelischen und meisterhafter Prägung von Wort und Bild, so daß unsere Phantasie die dramatischen Fragmente leicht mit Erlebtem und Gegenwärtigem verknüpfte und zu einem Ganzen fügte. Auch seine Darbietungen fanden herrlichen, wohlverdienten Beifall. Hugo Koller.

Im Erdgeist-Verlag, Leipzig erschienen.

„Lafmé.“

In sorgfältiger Reueinstudierung wurde am Sonntag Abend vor gut besuchtem Haus Leo Delibes' bekannteste Oper „Lafmé“ herausgebracht. Das Werk hat um des lieben Effektes willen seine typischen Mängel, aber die Musik, obwohl nicht gerade tief und wahrhaftig in der Dramatik, ist von einer geschickten Hand geschrieben. Sie hat Eleganz und Feuer, Melodie und Farbe. Vor allem Farbe, die mit Stimmung und Situation jeweils im Einklang steht. Die Entfaltung orientalischer Farbenpracht ist vom Musiker geschickt ausgenutzt. Und wie verheißt Delibes zu instrumentieren! Ohne zu überladen, ohne durch geschickte Harmonien zu verstimmen, ist er stets charakteristisch und interessant, wenn er auch manchmal das Triviale bedenklich streift.

Die Titelrolle sang hier zum erstenmal Frau von Ernst mit ihrer großen, ausgereiften Kunst. Nach der gefanglichen Seite befreite sie daher fast restlos; sie verriet große musikalische Sicherheit in den schwierigsten Augenblicken. In lauterer Reinheit und leichtem Fluß, von einigen Schärpen abgesehen, reichte sie z. B. in der „Legende“ die glänzenden Perlenketten der Koloraturen und Staffetten aneinander. Ihr Spiel gestaltete sie jedoch zu temperamentvoll. Sigrid Arnoldson, die Delibes seine ideale Lafmé nannte, wußte aus ihr ein liebliches, zartes, anmutiges Wesen zu gestalten, das seine Gefühle und Empfindungen ohne Leidenschaft zum Ausdruck bringt. Ihre Lafmé hatte etwas Atherisches; mit unhöflichem Trill ging sie einher, weich und schmiegsam waren die Bewegungen, einschmeichelnd der Gesang. Frau von Ernst, die an sich eigentlich für die Rolle zu schwer wirkt, hätte aber vielleicht doch in mancher Hinsicht ihre Darstellung der echten Lafmé angelehnt können. Vor allem konnte ein geeigneteres Kostüm gewählt werden. Mäste und Färbung mußten das Indische stärker betonen, so etwa wie Frä. Leibiger, die als Malika eine sehr charakteristische Figur war und ihren warmen Akt schon zur Geltung brachte. Eugénie Geraud war brillant in Erscheinung und meisterhaft in den musikalischen Bewältigung seines Parts. Eine leichte Ermüdung im III. Akt hatte er bald überwunden. Auch der Friedrich Herrmanns war gesanglich lobenswert. Seine Bewegungen bedürfen der Verfeinerung. Die Damen von Ljaskla (Ellen), Josefina (Rosa) und Rosela Komfisch (Gouvernante) kamen über die konventionelle Linie nicht hinaus. Wältners fanatischer Mafantha war von eindringlicher Wacht. Der Einleitungschor im I. Akt war eine ausgereifte Leistung. Die Chöre des II. Akt gelangen nicht mit derselben Gräßheit. Die Ballettszene konnte viel wirkungsvoller gestaltet werden. Das Orchester unter Herrn Lorenz Leistung war von trübendem Glanz. Das gut besuchte Haus spendete lebhaften Beifall.

H. Noll.

Schwärzungen vollauf erfüllt habe. Die Gefahr des Monopols der großen Elektrizitätskonzerns bestehe heute mehr als je, und damit die Gefahr einer weitgehenden Ausbeutung der Verbraucher, die noch durch die jetzige Gewinnung weicher Kreise verschärft werde, ebenso aber auch die Gefahr des Stillstands beim Wegfall der Konkurrenz.

Andererseits wurden auch die guten Seiten des Großbetriebs gewürdigt, so die Möglichkeit rationeller Erzeugung und wirtschaftlicher Verwertung aller Kräfte. Für die Verteilung der heutigen Verhältnisse steht die Kohlennot im Vordergrund, die mit eiserner Notwendigkeit dazu zwingt, alle im Land vorhandenen Wasserkräfte, auch die Kleinwasserkräfte auszunutzen und zwar auf die rationellste Weise. Daher sei zu fordern, schleuniger Ausbau der Reduzkräfte, der Wärme, Gasab-, Enzkräfte und des Wurgwerks, die aber wohl alle im Unterland Verwendung finden werden. Für das Oberland stünden zunächst noch zur Verfügung die Wasserkräfte am Oberrhein oberhalb Basel. Diese haben wir aber mit der Schweiz zu teilen, auch spielen hier die Schiffsverkehrsfragen herein, die vielleicht die Lösung der Frage der Kraftgewinnung verzögern dürften. Dagegen seien die Wasserkräfte des südbadischen Schwarzwaldes zu unserer unbedingten Verfügung. Für diese forderte der Redner die sofortige Ausbeutung. In schärfer Weise wandte er sich gegen die begonnene Verfertigung und den Raubbau, der durch den drohenden Ausbau einzelner besonders wertvoller Stufen eingeleitet sei und verlangte, daß die badische Regierung ohne Verzögerung weitere Bauten hindere und einen allgemeinen Plan aufstelle, der allein eine rationelle Verwertung aller Kräfte sichere.

Im einzelnen wies der Redner als auf besonders ergiebige Kraftquellen auf den Schluchsee und die Dreifam hin. Für diese ganze Bewegung sollte die Stadt Freiburg die Führung übernehmen und die Gedanken fortsetzen, die schon in der bekannten Denkschrift des Freiburger Stadtrats vom Jahre 1891 niedergelegt sind, der damals schon forderte, daß der Staat den Bau und Betrieb der Wasserkraft am Oberrhein übernehme, der dann 1905 um die Konzession für ein bei Breisach zu errichtendes Kleinwasserkraftwerk nachgesucht hatte. Damit sei auch die Möglichkeit gegeben, Freiburg zum wirtschaftlichen Mittelpunkt des südbadischen Schwarzwaldes zu machen. Mit einem Blick auf die Ausstellung „Weiße Kohle“ und dem Hinweis, welche Bedeutung der Reichtum für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zufällt, wenn sie wie bisher schon die in ihr liegenden Triebe sich auswirken läßt, den Geist, der die Materie bändigt, die Kraft, die den Arm stützt und den Willen, der das begonnene Werk über alle Schwierigkeiten hinweg zum glücklichen Ende führt, schloß der Redner.

In der folgenden lebhaften Aussprache schloß sich Ingenieur Dr. Rubin dem Redner in dem Gedanken an, daß nur eine planmäßige Ausnutzung aller Wasserkräfte in Frage kommen dürfe und daß dafür Gefahr im Verzuge sei; so sei z. B. schon das technisch sonst einwandfreie Köhlerwerk am Raubbau, den reinen Staatsbetrieb lehnte er ab. Im übrigen gab er noch sehr bemerkenswerte Hinweise für die Ausnutzung auch der kleineren Kräfte zur Verjüngung der Schwarzwaldhöfe. Mit einem Schlußwort des Vortragenden, in dem er besonders noch die Bedürfnisse der Landwirtschaft schilderte, schloß die Versammlung.

Zur Erhöhung der Beamten-Teuerungszulagen

Hat das Ortsstellamt Rastatt des deutschen Beamtenbundes den zuständigen Stellen eine Denkschrift eingereicht, in der darum gebeten wird, für die Beamten aller Ortsklassen einheitlich die Teuerungszulagen aus Grundgehalt und Ortszuschlag auf mindestens 70 Prozent zu erhöhen, im alleräußersten Falle aber eine etwaige Staffelung nur zugunsten der niedrigeren Einkommen an allen Orten ohne Ausnahme, also ohne Rücksicht auf den Ortszuschlag, eintreten zu lassen, da die Teuerungszulage in den kleineren Orten ebenso gleichmäßig nach oben gehe wie in den großen Orten. Die Denkschrift führt dafür folgende Belege an:

1. Kostet ein Pfund Ninkfleisch in der zur Ortsklasse C gehörigen Stadt Rastatt seit Monaten 14 M. und damit mehr als in den Großstädten Karlsruhe (Ortsklasse B) und Mannheim (Ortsklasse A), an welcher letzterem Orte laut uns vorliegender Auskunft des städt. Preisprüfungsamtes Mannheim vom 22. Dezember 1920 der Preis zurzeit nur 12 M. beträgt.

2. Als weiteres Beispiel sei angeführt, daß die Besteuerung des reichsteuerfreien Einkommensteuers durch die Gemeinden (Gemeinde-Ergänzungsteuer) ähnliche Zustände gebracht hat, indem die Beamten der zur Ortsklasse C gehörigen Stadt Rastatt mit wesentlich höheren Beträgen zu dieser Steuer herangezogen werden als die Beamten in den meisten Städten der höheren Ortsklassen. Folgende 2 Fälle veranschaulichen dies am besten:

a. ein verheirateter unterer Beamter der Gruppe V im Höchstgehalt ohne Kinder hat zurzeit:
in Karlsruhe Ortsklasse B: ein jährliches Gesamteinkommen von 16350 M. und zahlt dort keine Gemeinde-Ergänzungsteuer.

in Rastatt Ortsklasse C: ein jährliches Gesamteinkommen von 15600 M. und zahlt daselbst jährlich 230 M. Gemeinde-Ergänzungsteuer, trotzdem er ein um 750 M. niedrigeres Einkommen hat als die gleiche Beamte in Karlsruhe.

b. ein verheirateter mittlerer Beamter der Gruppe VIII im Höchstgehalt mit 5 Kindern im Alter von 5, 8, 11, 14 und 16 Jahren hat zurzeit:

in Karlsruhe Ortsklasse B: ein jährliches Gesamteinkommen

von 27.120 M. und zahlt dort jährlich 588 M. Gemeinde-Ergänzungsteuer;

in Rastatt Ortsklasse C: ein jährliches Gesamteinkommen von 25.440 M. und zahlt daselbst jährlich 1.120 M. Gemeinde-Ergänzungsteuer, zahlt also in Rastatt nahezu doppelt soviel als wie in Karlsruhe, obwohl er in Karlsruhe ein um 1680 M. höheres Einkommen jährlich beziehen würde.

Wenn auch diese besonderen Verhältnisse hier in Rastatt außergewöhnlich drastisch sind, so ist es eben doch Tatsache, daß sie bestehen. Auf jeden Fall zeigen aber diese Tatsachen, und es könnten deren noch mehr angeführt werden, daß die Dinge in Wirklichkeit so liegen, daß die Beamten in kleineren Städten und niedrigeren Ortsklassen oft sogar unter erheblichen ungünstigeren Verhältnissen leben, als an größeren Orten. Und es erscheint daher unsere Forderung, die jetzt neu zu regelnden Teuerungszulagen für alle Beamten in gleicher Höhe zu gewähren und nicht nach Ortsklassen abzustufen, mehr als berechtigt.

Würde der zwischen dem Eisenbahner-Schwarzenerausschuß und dem Reichsverkehrsministerium vereinbarte Modus, die Teuerungszulagen nach Ortsklassen auf 70, 65, 60 und 55% zu erhöhen, verwirklicht werden, so würden sich daraus Zustände ergeben, wie sie durch die beiden nachfolgenden Beispiele illustriert werden:

I. unterer Beamter der Gruppe IV im Anfangsgehalt mit 2 Kindern im Alter von 4 und 6 Jahren: heutiges Gesamteinkommen jährlich: in Ortsklasse A 13.950 M., Ortsklasse D 11.190 M., Differenz 2760 M.;

d. vom Reichsverkehrsministerium vorgeschlagene neuen Modus in Ortsklasse A 15.450 M., in Ortsklasse D 11.500 M., Differenz 3950 M., also gegen bisher mehr: in Ortsklasse A 1500 M., in Ortsklasse D 310 M., Differenz 1190 M.

II. oberer Beamter der Gruppe X im Anfangsgehalt ohne Kinder: heutiges Gesamteinkommen jährlich: in Ortsklasse A 18.600 M., in Ortsklasse D 15.300 M., Differenz 3300 M.; jährliches Gesamteinkommen nach dem vom Reichsverkehrsministerium vorgeschlagene neuen Modus: in Ortsklasse A 21.080 M., in Ortsklasse D 15.810 M., Differenz 5270 M., also gegen bisher mehr: in Ortsklasse A 2480 M., in Ortsklasse D 510 M., Differenz 1970 M.

Aus der badischen Bauernbewegung.

Das Fachorgan des Verbandes badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften teilt mit: Nachdem der Badische Bauernverband und der Badische Bauernbund sich, dem Beispiel der gleichen Verbände im Reich folgend, zu einem Landbunde mit einheitlicher Spitze zusammengegeschlossen haben, ist auch eine Vereinbarung mit dem Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften und seiner Warenhauptgenossenschaft zustande gekommen, deren Zweck die gegenseitige Unterstützung und eine Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete ist. Während der Landbund die wirtschaftspolitischen Ziele des Bauernstandes verfolgt, beschränkt sich der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften auf geschäftliche Tätigkeit. Diese Scheidung wird im ganzen Lande auch von den einzelnen Unterverbänden durchgehend eingehalten werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

LPD. Mannheim, 10. Jan. Ein Schwindler, der sich als Kriminalbeamter ausgibt, treibt gegenwärtig hier sein Unwesen. Er erscheint gewöhnlich in Abwesenheit des Mannes in den Familien und gibt unter Vorzeigen einer Bescheinigung an, Genußsachen vornehmen zu müssen, da er Schleichhandelsware bemeistert. In einer Familie gelang es ihm ein Sparkassenbuch zu stehlen, von dem er 1000 M. abhob und in einem anderen Falle suchte er einer Frau Gewalt anzutun.

LPD. Heidelberg, 10. Jan. Hier ist der Direktor einer Heidelberger Firma von Beamten der Zweigstelle Mannheim des Landespreisesamt festgenommen worden, weil er unerlaubt mit verschiedenen Gegenständen des täglichen Bedarfs und mit Luxuswaren Handel trieb und letztere ohne Erlaubnis nach Deutschland einführte. Seine umfangreiche Korrespondenz wurde beschlagnahmt.

LPD. Heidelberg, 10. Jan. Die Abschlußziffern der hiesigen Standesämter ergeben, daß die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1920 gegenüber dem Friedensjahr 1913 um mehr als das Doppelte gestiegen sind. Auch die Zahl der Geburten und Todesfälle weist gegenüber der Vorkriegszeit eine Zunahme auf.

LPD. Heidelberg, 10. Jan. Zur Entlastung der Drahtleitungen von Presseschreibern werden bekanntlich zurzeit in etwa 100 deutschen Städten (auch in einigen badischen) auf den Telegraphenämtern Anlagen des sog. Rundfunk geschaffen, die von Berlin aus bedient werden. Während die Telegraphenbureaus ihre gleichlautenden Meldungen täglich in hundertsten von Einzelgesprächen den einzelnen Zeitungen übermitteln ist bei dem Rundfunk nur eine einmalige Aufnahme der Befehatsung nötig, wodurch gleichzeitig alle Rundfunk-Empfangsstationen das Nachrichtenmaterial empfangen. Dadurch tritt nicht nur eine starke Entlastung der Drahtleitungen ein, sondern es kann auch an persönlichem Kraftaufwand gespart werden. Nun sind auch in Heidelberg in den letzten Tagen Versuche gemacht worden, die aber nach dem Heidelberger Tageblatt wenig günstig verliefen sind, so daß man die Versuche auf den Königstuhl verlegte, wo eine völlig klare und gute Aufnahme möglich war.

LPD. Peterstal bei Heidelberg, 10. Jan. Der in den vier Jahren stehende Bürgermeister Jung ist beim Holzfällen im Walde tödlich verunglückt. Bürgermeister Jung stand 30 Jahre an der Spitze der Gemeinde Peterstal. Politisch gehörte er der Zentrumspartei an.

LPD. Kilsheim, Amt Bertheim, 8. Jan. In der Generalkonferenz der Elektrizitätsgenossenschaft wurde einstimmig beschlossen, das Werk an die Gemeinde abzutreten. Der Verkaufspreis beträgt — einschließlich der Maschinen, Materialien- und Betriebsvorräte — 200.000 M.

LPD. Buden, 10. Jan. In Dumbach ist der Typhus ausgebrochen, an dem mehrere Personen erkrankt sind. Auch ein Todesfall ist bereits vorgekommen.

LPD. Pforzheim, 10. Jan. Am Samstag nachmittag fand hier eine überaus stark besuchte Lehrerverammlung der Grenzbezirke der württembergischen und badischen Lehrervereine statt, in der einstimmig eine Entschließung angenommen wurde, in der bedauert wird, daß in dem vom Reichstag beratschiedeten Sperrgesetz nicht die Wünsche der Volksschullehrer berücksichtigt worden seien und daß insbesondere nicht klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden sei, welcher Gruppe von Reichsbeamten die Volksschullehrer gleich zu stellen sind. Die Versammlung erhob Einspruch dagegen, daß in den Beförderungsordnungen der Länder die Volksschullehrer nicht diejenige Einstufung erfahren haben, die ihrer Vorbildung und der Bedeutung ihres Berufes entspricht.

LPD. Freiburg, 10. Jan. Der bei dem Raubanfall im Schnellzug schwer verletzte Reisende ist der Referendar Walter Seglin in Neuwied. Der Überfallene befindet sich auf dem Wege der Besserung. Der Räuber soll mit einem gewissen Kanstinger identisch sein, der bereits in Basel mit seinem Opfer den Zug bestieg.

LPD. Kirchhofen b. Staufen, 10. Jan. Dem hiesigen Bürgermeisterei ist von ehemaligen, jetzt in Nordamerika lebenden Kirchhofener Bürgern eine Kollektivspende im Betrag von 6000 M. zugunsten hiesiger Armen zugegangen.

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. Aus der Theaterkassette wird uns geschrieben: In der Oper gelangen in dieser Woche am Dienstag „Die lustigen Weiber“ und am Donnerstag „Figaros Hochzeit“ zur Aufführung. In beiden Vorstellungen gastiert der Operbuffo Herr Franz Wähler vom Landestheater in Schwerin auf Anstellung. Am Freitag wird die wieder aufgenommene Oper „Die verkaufte Braut“ wiederholt. Für Sonntag, den 16. steht Wagners „Lohengrin“ auf dem Spielplan.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 21. Dezember v. J. den bisherigen Vorstand der Erziehungsanstalt Pflüdingen, Philipp Zimmermann in Pflüdingen, zum Jugendgerichtshelfer beim Amtsgericht Karlsruhe ernannt.

Das badische Staatsministerium hat mit Entschließung vom 23. Dezember v. J. den Amtmann Friedrich Bauer in Mannheim nach Pfullendorf versetzt und ihn mit der Verwaltung des Bezirksamtes Pfullendorf beauftragt.

Das Staatsministerium hat unterm 30. Dezember v. J. die Regierungsräte Dr. Friedrich Harde und Freiherr Emil von Gemmingen-Helffeld beim Arbeitsministerium zu Oberregierungsräten ernannt, sowie den Regierungsrat Dr. Konstantin von Bayer-Chrenberg bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues in gleicher Eigenschaft zum Arbeitsministerium, und den Oberamtmann Walbert Stehle in Ludach als Regierungsrat zur Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues versetzt.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 30. Dezember v. J. den Oberlehrer Karl Schreiber an der Volksschule in Rupploch (N. Heidelberg), die Stelle eines Schulleiters an der genannten Schule mit der Amtsbezeichnung Rektor übertragen.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 6. Januar v. J. dem Oberlehrer Joseph Noe an der Volksschule in Eppelheim (N. Heidelberg), die Stelle eines Schulleiters an der genannten Schule mit der Amtsbezeichnung Rektor übertragen.

Das Justizministerium hat unterm 29. November v. J. dem Oberjustizsekretär Hugo Schneider beim Amtsgericht Rastatt zum Amtsgericht Überlingen und den Oberjustizsekretär Wilhelm Holz beim Amtsgericht Waldshut zum Amtsgericht Rastatt versetzt.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat versetzt: den Eisenbahnsekretär Hugo Feder in Rheinau nach Heidelberg, den Eisenbahnsekretär Josef Kaitz in Kenzingen nach Offenburg, den Oberisenbahnsekretär Wilhelm Bösch in Freiburg nach Lahr-Stadt, den Oberisenbahnsekretär Josef Burkard in Offenburg nach Basel, den Eisenbahnsekretär Ernst Daaf in Donaueschingen nach Karlsruhe, den Oberisenbahnsekretär Johannes Schöbel in Mannheim nach Karlsruhe, den Eisenbahnsekretär Walter Bergold in Lahr-Stadt nach Billingen, den Eisenbahnsekretär Wilhelm Schumacher in Grenzach nach Lahr-Stadt, den Oberisenbahnsekretär Albert Kaiser in Gottmadingen nach Breisach, den Eisenbahnsekretär Friedrich Bühler in Rheinau nach Karlsruhe, den Oberisenbahnsekretär Daniel Hege in Durlach nach Karlsruhe, den Oberisenbahnsekretär Ernst Seizmann in Waldshut nach Rastatt.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 12. Jan. 1921. 7-10 Uhr. 12 Mark.
Die Schule der Frauen. — Der zerbrochene Krug.

Schöne Wohnung

von etwa 6-7 Zimmern in oder bei Karlsruhe per sofort oder später von Oberingenieur

gesucht.

Zuzugsgenehmigung für Karlsruhe vorhanden. Eventl. wird Einfamilienhaus gemietet oder gekauft.

Angebote unter J. 795 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Inventory-Verkauf

Einige besonders billige Angebote aus der Abteilung für

Damen-Konfektion

Mäntel aus Fauschstoffen Mk. 95.- 125.- 175.- 190.- 235.- 275.-
Mantelkleider aus guten Wollstoffen Mk. 290.- 390.- 490.- 650.- 750.-
Eleg. Gesellschaftskleid. aus Seide Mk. 390.- 475.- 550.- 676.- 775.-
Strickjacken Mk. 125.- 140.- 195.- 225.- 240.- 325.-
Morgenröcke 58.- 95.- 125.- Kostümröcke 38.- 75.- 125.-
Seid. Blusen 95.- 120.- 175.- Flanellblusen 38.- 65.- 82.-

W. Boländer Kaiserstr. 121

Der allmächtige Gott hat heute meinen geliebten, treubesorgten Gatten, meinen guten Vater, unseren lieben Bruder, Schwager und Onkel

Obersteuerkommissär a. D.

Emil Wurz

Oberleutnant der Landwehr-Feldartillerie a. D.
zu sich abberufen.

Heidelberg, den 9. Januar 1921.

Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:

Frau Sofie Wurz geb. Egel.

Dr. Armin Wurz, Regierungsrat.

Beerdigung am Mittwoch, nachmittags 1/4 Uhr, von der Friedhofskapelle (Alt-Heidelberg) aus.

Reisenden

in Düngemittel für Stadt u. Land bei
Gehalt und Provision sofort gesucht.
Deutsche Handels-Gesellschaft m. b. H., Erfurt.

Badische Lokaleisenbahnen Aktien-Gesellschaft.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu einer

außerordentlichen Generalversammlung

am
Freitag, den 4. Februar 1921, nachmittags 4 1/2 Uhr
in den Sitzungssaal der Rheinischen Creditbank in Karlsruhe, Waldstraße 1, eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht der Verwaltung über die Lage des Unternehmens und über Verkaufsmöglichkeit der Aktien.
2. Entlastung des bisherigen Aufsichtsrats.
3. Neuwahl des Aufsichtsrats.
4. Änderung des § 20 der Gesellschaftsstatuten dahin, daß der Aufsichtsrat aus mindestens sieben und höchstens zwölf Personen besteht, statt bisher höchstens elf Personen.

Die Aktien oder die darauf bezüglichen Depotcheine der Reichsbank sind gemäß § 26 der Satzung spätestens 5 Tage vor der Generalversammlung, den Tag der Hinterlegung und der Generalversammlung nicht mitgerechnet, vor 6 Uhr abends zu hinterlegen bei der Berliner Handels-Gesellschaft Berlin, Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin, Rheinische Creditbank in Mannheim und Karlsruhe, Deutsche Bank Filiale Frankfurt a. M., Sal. Oppenheim jr. & Co. Köln u. K. H. Schaffhausen'scher Bankverein A. G. Köln u. K. H. Wm. Schlutow Stettin. J. 804

Karlsruhe, den 10. Januar 1921.

Der Aufsichtsrat.

gez. Dr. Hermann Fischer.

Bruchranke

können ohne Operation und
Verstärkung geheilt werden.
Sprechstunde in Karlsruhe,
Hotel Sonne am 15.
Januar, von 9-11 Uhr.

Dr. med. Knopf,

Spezialarzt für Bruchleiden.

Bürgerliche Rechtspflege.

1. Streitige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.

B. 357.2.1 Heidelberg. Der

Architekt Ludwig Mayer in

Freiburg i. Br. hat das

Aufgebot des ihm abhanden

gekommenen Teilhypotheken-

briefes über 40 000 M. Teil-

betrag der im Grund-

buch von Heidelberg Band

19, Heft 11, dritte Abteil-

lung Nr. 3 eingetragenen

60 000 M. zu Gunsten des

Antragstellers, laßend auf

dem Grundstück Rgb. Nr. 474

an Gemarkung Heidelberg,

Hauptstraße Nr. 95, Eigen-

tümer Eberhard Peter

Kommetz hier und dessen

Ehefrau, Babette geb. Wül-

ler zu je 1/2 Miteigentum

beantragt. Der Inhaber

der Urkunde wird aufge-

fordert, spätestens in dem auf

Dienstag, 10. Mai 1921,

vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Ge-

richte Zimmer Nr. 25 an-

erkanntem Aufgebotsster-

mine seine Rechte anzumelden

und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.

Heidelberg, 3. Jan. 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts 1.

B. 352.2.1 Raßatt. Das

Amtsgericht Raßatt hat

heute folgendes Aufgebot

erlassen: Die Anna Kraus I

Ehefrau geb. Kleinbus in

Eldesheim hat beantragt,

ihr am 2. November 1843

in Eldesheim geborenen

Ehemann, den Landwirt

Reppold Kraus I, zuletzt

wohnhaft in Eldesheim, für

tot zu erklären. Der Ver-

schollene ist am 9. Juli

1905 von zu Hause wegge-

gangen und hat seitdem

keine Nachricht mehr von

sich gegeben. Vermutlich

hat er den Tod im Rhein

gefunden. Der bezeichnete

Vereschollene wird aufge-

fordert, sich spätestens in dem

auf Freitag, 29. Juli 1921,

vormittags 9 Uhr, vor dem

Amtsgericht Raßatt anbe-

traumten Aufgebotsster-

min zu melden, widrigenfalls

die Todeserklärung erfolgen

wird. An Alle, welche Aus-

kunft über Leben oder Tod

des Vereschollenen zu er-

teilen vermögen, ergeht die

Aufforderung, spätestens im

Aufgebotsstermin dem Ge-

richte Zimmer Nr. 30, Dez. 1920,

Gerichtsschreiber des

Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Beim Bezirksamt Heidel-
berg ist auf 1. April 1921,
eine nichtplanmäßige

Kanzlei-Gehilfenstelle

durch einen Militärantwör-

ter mit Zivildienstbeschei-

den zu besetzen. Steno-

graphie und Maschin-

schreiben nicht erforderlich.

Gehaltsnachbad-Besoldungs-

ordnung. Bewerbungen

mit Lebenslauf bis läng-

stens 15. Februar 1921.

Zivildienstbescheinigung und

Zeugnisse über bisherige

Tätigkeit nur in Abschrift

anzuschließen, da Rückgabe

nicht erfolgt. B. 356

Heidelberg, 6. Januar 1921.

Bezirksamt.

Kassierstellen.

Der Dienst des 1. Ver-

waltungskassierers ist neu

zu besetzen; geeignete im

Verwaltungsfachverfahren

und tüchtige Bewerber wol-

len sich bis 20. Januar 1921

unter Angabe ihrer Ge-

haltsansprüche melden.

Gemeinderat Säckingen.

B. 349

Badisches Forstamt Schin-

see versteigert am Montag,

24. Januar 1921, vormittags

10 Uhr, auf dem Geschäfts-

zimmer die Domänenjagd

in dem Jagdgebiet Langen-

furt vom 1. Februar 1921

ab auf 6 Jahre. Das

Jagdgebiet umfaßt 151 ha

Wald und 15 ha Feld. Die

Bedingungen können auf

dem Forstamt eingesehen

werden. B. 349

Fortsetzung der Öffent-

lichen Versteigerung gegen Bar-

zahlung: Hundsjagen vom

3. Vierteljahr 1920 und

unabringliche Jagdgüter am

Wittwoch, 12. Januar 1921,

vormittags 8 Uhr beginnend

in dem Versteigerungssaal

Karlsruhe Hauptbhf. (Ein-

gang Magazinhf.) B. 256.2.1

Karlsruhe, 29. Dez. 1920.

Materialamt der

Eisenbahn-Generaldirektion.

Bauarbeiten, innerer

Ausbau für Anbau eines

Wiederbaues „1 die Le-

komotivmontierung in

Werkstätte Durlach,

nach Finanzministerial-

verordnung vom 3. Jan.

1907 öffentlich zu ver-

geben: Verputz, Glaszer-

Schreiner, Schlosser- und

Anstreicherarbeiten, Zeich-

nungen, Bedingnisheft u.

Arbeitsbeschriebe liegen

auf dem Geschäftszimmer

der Bauinspektion I

Karlsruhe, Personenbahn-

hof Württemberg II, M. des

Graben-Magazinhofes

zur Einsicht auf, dort auch

Abgabe der Angebote. An-

gebote sind verschlossen,

postfrei, mit Aufschrift

„Angebot über . . . ar-

beiten für Wiederbau

Werkstätte Durlach“, spä-

testens bis 21. Januar 1921,

vormittags 11 Uhr, an die

Bauinspektion I

Karlsruhe einzureichen.

Dem Angebot ist eine ge-

naue Kostenaufstellung bei-

zugeben. Zuschlagfrist 4

Wochen. B. 297

Karlsruhe, 5. Jan. 1921.

Bauinspektion I

Karlsruhe.

Zur Feier der 50. Wiedertekehr des Tages der Gründung des Deutschen Reiches

veranstaltet das Badische Staatsministerium
Dienstag, den 18. Januar ds. Js., abends 8 Uhr,

im großen Festhalleaal hier eine

Erinnerungsfeier.

Hierzu laden wir die Bevölkerung der Stadt ein. Besondere Einladungen ergehen, abgesehen von den Mitgliedern des Landtages und den städtischen Kollegien, nicht. Zutritt ist nur auf Grund von Eintrittskarten gestattet. Schriftliche Anmeldungen hierfür werden unter Angabe des Namens und der Wohnung des Bestellers im Einverständnis mit der Stadtverwaltung bis längstens Donnerstag, den 13. d. M., abends 6 Uhr, an die Stadtkanzlei im Rathaus, Zimmer 75, erbeten. Mehr als eine Karte kann der Besteller des beschränkten Raumes wegen nicht erhalten. Die Karten werden in der Reihenfolge ihrer Bestellung ausgegeben und den Bestellern durch städtische Boten zugesandt.

Vortragsfolge:

- „Freischütz“-Ouvertüre C. M. v. Weber
- „Die Allmacht“ F. Schubert
- für Sopran mit Orchesterbegleitung (instrumentiert von Felix Mottl)
Frau Hedy Jacema-Brägelmann.
- Ansprache des Staatspräsidenten.
- Siebente Sinfonie, A-dur L. van Beethoven
- „Wach auf“-Chor, vorgetragen von sämtlichen Solisten der Oper und dem verstärkten Chor des Landestheaters und
- Vorspiel aus den „Meistersingern von Nürnberg“ R. Wagner
- Das Landestheaterorchester.

Musikalische Leitung: Alfred Lorenz.

J. 800

Nach einer Mitteilung der Reichsschuldenverwaltung hat der Eingang der Anträge auf Übertragung von Schuldbuchforderungen auf das Konto der Reichskasse zur Entziehung des Reichsnotopfers bei der Reichsschuldenverwaltung einen solchen Umfang erreicht, daß die Bearbeitung dieser Anträge mehrere Wochen beanspruchen wird. Da auf diesen Umständen bei der Einziehung des Reichsnotopfers Rücksicht genommen werden soll, wenn die noch nicht erfolgte Erledigung des Übertragungsantrags glaubhaft gemacht wird, liegt zu einer Verweigerung kein Grund vor.

Im übrigen macht die Reichsschuldenverwaltung darauf aufmerksam, daß sie Anfragen über den Eingang von Anträgen nur beantworten kann, wenn ihnen mit Freimarke und vollständiger Adresse des Antragenden versehenen Briefumschläge oder Postkarten beigelegt sind. Es empfiehlt sich auch, die Übertragungsanträge unter „Einschreiben“ einzusenden und den Postschein als Bezeichnung der Antragstellung zu verwenden.
Berlin, den 18. Dezember 1920.
Der Reichsminister der Finanzen.

30. Juni 1921 hört die Verzinsung der ausgelassenen Schahnanweisungen auf. Bortrude zu den Quittungen werden von sämtlichen Einlösungsstellen unentgeltlich verabfolgt.

Die Nummern der zu den heute ausgelassenen Gruppen gehörigen Schahnanweisungen sind im Deutschen Reichsanzeiger in der Bekanntmachung vom heutigen Tage mitgeteilt. Ferner sind sie der Allgemeinen Verlosungstabelle Ulrich Revoßohn zur Veröffentlichung mitgeteilt worden.

Die Einlösung der Schahnanweisungen hat nach den Vorschriften der §§ 1 bis 3 der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 (R. G. Bl. S. 1820) zu erfolgen. Nichtbankiers haben daher den Wertpapieren ein vom Finanzamt bestätigtes Stückerzeichnis (§ 3 der Verordnung) beizufügen.

Berlin, den 6. Januar 1921.

Reichsschuldenverwaltung.

Bei der heute öffentlich bewirkten Auslosung derjenigen Gruppen der
auslosbaren 4 1/2 Prozent. Schahnanweisungen des Deutschen Reichs von 1917 (6. u. 7. Kriegsanleihe) und 1918 (8. und 9. Kriegsanleihe)
ist die

- am 1. Juli 1921 zur Rückzahlung gelangen sollen, sind
- die Gruppen 527, 595, 855, 1553 und 1557 der 6. Kriegsanleihe,
 - die Gruppen 2098, 2407 und 2418 der 7. Kriegsanleihe,
 - die Gruppen 3130, 3753, 4092 und 4189 der 8. Kriegsanleihe und
 - die Gruppen 4541, 4973 und 5030 der 9. Kriegsanleihe

gezogen worden.
Die Besitzer der zu diesen Gruppen gehörigen Schahnanweisungen werden aufgefordert, die am 1. Juli 1921 zahlbaren Einlösungsbeträge dieser Schahnanweisungen gegen Quittung und Rückgabe der Schuldbuchurkunden sowie der nach dem Zeitpunkt der Rückzahlung fällig werdenden Zinscheine Reihe I Nr. 9 bis 20 nebst Erneuerungsscheine für die Reihe II bei der Staatsschuldenentlastungsstelle in Berlin W 8, Taubenstraße 29, zu erheben. Diese Kasse ist werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet.

Die Einlösung geschieht auch außerhalb Berlins bei den Reichsbankhauptstellen und Reichsbankstellen. Die Wertpapiere können schon vom 1. Juni 1921 an diesen Stellen eingereicht werden, die sie der Staatsschuldenentlastungsstelle zur Prüfung vorzulegen und nach der Feststellung die Auszahlung vom 1. Juli 1921 an zu bewirken haben.

Der Einlösungsbetrag kann bei den Vermittlungsstellen außerhalb Berlins nur dann mit Sicherheit am Fälligkeitstage abgehoben werden, wenn die Schahnanweisung der Vermittlungsstelle wenigstens 2 Wochen vorher eingereicht wird.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapital zurückgehalten. Mit dem Ablaufe des

Bei der heute öffentlich bewirkten Auslosung der am 1. Juli 1921 zur Rückzahlung gelangenden Serie der
auslosbaren 5 Prozent. Schahnanweisungen des Deutschen Reichs von 1915 (2. Kriegsanleihe)
ist die

Serie I

gezogen worden.
Die Besitzer der zu dieser Serie gehörigen Schahnanweisungen werden aufgefordert, die am 1. Juli 1921 fälligen Restbeträge dieser Schahnanweisungen gegen Quittung und Rückgabe der Schuldbuchurkunden und der nach dem Zeitpunkt der Rückzahlung fällig werdenden Zinscheine Nr. 13 und 14 bei der Preussischen Staatsschuldenentlastungsstelle in Berlin W 8, Taubenstraße 29, zu erheben. Diese Kasse ist werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet.

Die Einlösung geschieht außerhalb Berlins auch bei sämtlichen Reichsbankhauptstellen und Reichsbankstellen. Die Wertpapiere können schon vom 1. Juni 1921 an diesen Stellen eingereicht werden, die sie der Preussischen Staatsschuldenentlastungsstelle zur Prüfung vorzulegen und nach der Feststellung die Auszahlung vom 1. Juli 1921 an zu bewirken haben.

Der Einlösungsbetrag kann bei den Vermittlungsstellen außerhalb Berlins nur dann mit Sicherheit am Fälligkeitstage abgehoben werden, wenn die Schahnanweisung der Vermittlungsstelle wenigstens 2 Wochen vorher eingereicht wird.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapital zurückgehalten. Mit dem Ablaufe des 30. Juni 1921 hört die Verzinsung der ausgelassenen Schahnanweisungen auf.

Bortrude zu den Quittungen werden von sämtlichen Einlösungsstellen unentgeltlich verabfolgt.

Die Einlösung der Schahnanweisungen hat nach den Vorschriften der §§ 1 bis 3 der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 (R. G. Bl. S. 1820) zu erfolgen. Nichtbankiers haben daher den Wertpapieren ein vom Finanzamt bestätigtes Stückerzeichnis (§ 3 der Verordnung) beizufügen.

Berlin, den 6. Januar 1921.

Reichsschuldenverwaltung.